

Ressort: Politik

Bericht: Immer mehr Asylbewerber gelangen über EU-Länder nach Deutschland

Berlin, 07.03.2014, 01:00 Uhr

GDN - Immer mehr Flüchtlinge reisen über EU-Länder nach Deutschland ein, obwohl nach europäischer Verordnung das Erstaufnahmeland für ihren Asylantrag zuständig ist. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, funktioniert das sogenannte Dublin-System in der Praxis immer weniger, berichtet die "Berliner Zeitung".

Danach ging die Bundesregierung im vergangenen Jahr inzwischen bei jedem dritten Asylgesuch hierzulande davon aus, dass ein anderer EU-Staat zuständig sei. Im vierten Quartal waren es sogar 51,9 Prozent aller Verfahren. Zum Vergleich: 2012 waren es nur 17,8 Prozent. Zugleich gelingt es aber immer seltener, die Dublin-Regeln auch durchzusetzen, das heißt, Asylsuchende werden immer seltener in die EU-Länder zurückgeschickt, über die sie eingereist sind. Folgt im Jahr 2012 den Dublin-Ersuchen noch 26,5 Prozent Überstellungen, sank der Anteil im Jahr 2013 auf 13,4 Prozent, wie die Bundesregierung einräumte. Für die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, hat sich das Dublin-Verfahren damit nicht nur als ungerecht und unmenschlich erwiesen, "es ist zudem vollkommen ineffektiv", kritisierte sie in der "Berliner Zeitung". Denn nur zu einem kleinen Teil werde die festgestellte Zuständigkeit innerhalb der EU dann auch tatsächlich durchgesetzt. "Das liegt zum Teil an Gerichtsentscheidungen, mit denen Überstellungen aufgrund erheblicher Mängel der Aufnahme- und Asylsysteme in anderen EU-Ländern verhindert werden. Zum Teil tauchen Asylsuchende aus Angst vor einer Abschiebung in ein anderes EU-Land unter", sagte Jelpke. Viele EU-Länder scheinen das Regelwerk aber auch bewusst zu unterwandern, indem sie ihre Zuständigkeit für Flüchtlinge trotz der Nachweise wie Fingerabdruckvergleiche, Tickets oder den Aussagen der Betroffenen bestreiten und sich weigern, die Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Das geschah 2013 immerhin in etwa 16 Prozent aller Fälle. Die Linkspolitikerin fordert deshalb: "Statt ein aus staatlicher Sicht nicht funktionierendes und aus Sicht der Flüchtlinge häufig inakzeptables Verteilungssystem mit aller Macht aufrecht erhalten zu wollen, sollte die EU sich schleunigst um eine menschengerechte und praktikable Alternative kümmern."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-31168/bericht-immer-mehr-asylbewerber-gelangen-ueber-eu-laender-nach-deutschland.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619